

PDG-Plenum

Es gilt das gesprochene Wort.

Montag, 23. September 2019

**Dokument 25 (2019-2020), Nr.1 – Gemeinschaftspolitische Erklärung der Deutschsprachigen Gemeinschaft**

Sehr geehrter Herr Präsident,

Werte Kolleginnen und Kollegen aus Regierung und Parlament!

Mein Kollege Freddy Cremer hat es schon unterstrichen: Die Regierungserklärung ist das Resultat eines langen, partizipativen Prozesses. Das werde auch ich nochmals verdeutlichen an vier angedachten Projekten und Reformvorhaben aus der Bildungspolitik.

Vorweg jedoch eins:

Bildung ist also eine, wenn nicht die Priorität der Politik dieser Regierung. Und das ist gut, richtig und gewollt, eine Investition in die soziale, kulturelle und berufliche Zukunft der Bürger, in die Zukunft der Deutschsprachigen Gemeinschaft.

Eine erstes Projekt über das ich sprechen möchte ist die die Entwicklung und Umsetzung einer **Gesamtvision für das ostbelgische Bildungssystem**. Gestern wurde eine große Online-Umfrage abgeschlossen, an der sich mehrere tausend Menschen beteiligt haben. Das Vorhaben hat seinen Ursprung aus dem GPGS-Prozess und resultiert aus der Beratung verschiedener Arbeitsgruppen.

Ein kurzer Rückblick: Im Mai 2015 entstand das Konzeptpapier „Gutes Personal für gute Schulen“. Darin ging es um Themen wie Titel und Ämter, Einstellung, Berufseinstieg, Laufbahn, kollegiale Zusammenarbeit und Arbeitszeit. Damit befassten sich eben mehrere Arbeitsgruppen im Schuljahr 2015-2016. Im

Mai und Juni 2016 fanden dann zwei Informations- und Diskussionstage mit insgesamt 130 Personalmitgliedern aus dem Unterrichtswesen statt. Dort sprachen die Teilnehmer auch „andere“ Themen an, wie z.B. die Taktung des Schuljahres oder die Prüfungs- und Unterrichtszeiten.

Daher wurde die Entscheidung getroffen, das Projekt zweigliedrig fortzusetzen: die rein dienstrechtlichen Regelwerke im Unterrichtswesen zu modernisieren und eine Gesamtvision für das Bildungswesen in Ostbelgien zu erarbeiten.

Alle Bürgerinnen und Bürger konnten nun im Rahmen der Online-Umfrage ihre Meinung kundtun und ihre ganz persönlichen Anregungen und Ideen zum aktuellen Stand und zur zukünftigen Ausrichtung des ostbelgischen Bildungswesens übermitteln.

Denn unsere Gesellschaft ist ständig im Wandel. Auch auf diese Veränderungen muss die Schule reagieren, damit unsere Kinder und Jugendlichen optimal auf ein selbstbestimmtes und verantwortungsbewusstes Leben vorbereitet werden.

Von daher ist es uns wichtig, dass es in der breit angelegten Diskussion keine Tabus gibt, über alles muss gesprochen werden und jeder sollte seine Meinung äußern dürfen.

Die Ergebnisse dieser Umfrage bilden die Grundlage für die Entwicklung und die Umsetzung einer Gesamtvision für das ostbelgische Bildungswesen.

Ein zweites Projekt wurde lange angekündigt und wird genau so lange erwartet. Nach den personellen Engpässen kann es nun endlich weiter angegangen werden: die **Modernisierung des Dienstrechts** - Stichwort „Gutes Personal für gute Schulen“ – ich habe gerade den Werdegang skizziert.

Das Dienstrecht modernisieren heißt das Unterrichtswesen transparenter und attraktiver gestalten. Die Schulen sollen mehr Eigenverantwortung bei der Rekrutierung und Weiterentwicklung ihres Personals erhalten und für die sogenannten „neuen“ Personalmitglieder, die für mindestens ein Schuljahr

angeworben werden, sollen unbefristete Arbeitsverträge abgeschlossen werden. Dass dies zu einer erhöhten Lebensplanungssicherheit führt, liegt auf der Hand.

Als drittes Beispiel möchte ich über die **Neugestaltung und Entwicklung der Angebote in der technisch-beruflichen Sekundarschulbildung und der mittelständischen dualen Ausbildung in eine übergreifende Ausbildungsstruktur sprechen.**

Hier handelt es sich um ein grundlegendes Reformvorhaben, das unter anderem eine wichtige Maßnahme im Kampf gegen den Fachkräftemangel darstellt. Nachwuchs fehlt vielerorts und zahlreiche Lehrstellen bleiben unbesetzt. Es scheitern immer mehr Jugendliche aufgrund unterschiedlicher Problemstellungen. Das kann und darf nicht sein. Auch wenn viele Lösungsmodelle in den letzten Jahren entwickelt wurden, um die Jugendlichen kognitiv wie psychologisch zu unterstützen und zu stärken bleiben doch noch zu viele auf der Strecke.

Wir erhoffen uns einiges von dieser umfangreichen Strukturreform, die im Dialog mit allen Partnern erfolgen sollte. Letzten Endes stammt diese Reformidee nicht aus der Feder dieser Regierung, sondern es war der Wirtschafts- und Sozialrat, ein zentraler Vertreter der Sozialpartner, der in einem Positionspapier zu einer solchen Struktur aufgefordert hat.

Bei aller Dialogbereitschaft muss die Politik jedoch vor allem auch eins: Verantwortung übernehmen und das bedeutet auch die richtigen Entscheidungen zu treffen - kluge Entscheidungen, die wohl durchdacht und fundiert sind.

Die Entscheidung, ein **Institut für Schulentwicklung in Ostbelgien** - kurz auch ISEO genannt - zu gründen, ist eine gute Entscheidung.

Wer sich mit Literatur im Bereich Schulentwicklung auseinander setzt, wird feststellen, dass zahlreiche Bildungswissenschaftler die Abgrenzung zwischen Inspektion und Beratung, befürworten.

Evaluationshandeln konzentriert sich auf die Qualitätsanalyse und sollte nicht mit Aufgaben von Aufsicht und Kontrolle oder Bewertung vermischt werden. Es gibt bereits eine immens breite Palette an Unterstützungsangeboten für unsere Akteure im Unterrichtswesen, wie z.B. die Schulentwicklungsberatung oder die Fachberatung auf Ebene der Primar- und Sekundarschulen in vielfältigen Bereichen. Das Bündeln all dieser Angebote kann zudem Synergieeffekte ausmachen - davon sind wir überzeugt.

Kolleginnen und Kollegen, wir brauchen nach wie vor eine Politik, die nicht von oben herab diktiert, die die Akteure in ihre Überlegungen miteinbezieht und einen partizipativen Ansatz verfolgt. Die Kleinheit unseres Gebietes stellt sich hier als wahrer Trumpf dar. Denn wo anders ist solch eine Vorgehensweise möglich, wo der genaue Bedarf ermittelt wird, Konzepte wissenschaftlich und erfahrungsbasiert ausgearbeitet und diese in einer breiten Konzertierung mit allen Partnern angepasst werden?

Dieser Ansatz sorgt dafür, dass unsere Autonomie einen wahren Mehrwert für alle Bürgerinnen und Bürger darstellt. Diesen Ansatz gilt es weiter zu verfolgen, im Sinne einer zukunftsfähigen Gemeinschaft.

Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit!

**Petra Schmitz, ProDG-Fraktion**